

Bericht

Zum Thema „Repräsentative und präsidentielle Demokratie“ fand am 18. 12.2009 wiederum ein Kolloquium des Präsidiums der Leibniz e.V. und der IWVWW statt.

Einleitend sprach **K. H. Domdey** zur Demokratiedebatte in Deutschland, die anlässlich des Lissabon-Vertrags entstanden ist. Der historische Ablauf sei von ständigen Pendelschlägen gekennzeichnet. Weder das revolutionär Ablösende, noch das restaurativ Absichernde könne endgültig siegen, denn die Grundkonstanten der Widersprüchlichkeit und des Kampfes um Herrschaft blieben bestehen. Das Gewicht „richtigen Regierens“ drücke auf jede Art von Herrschaft, wobei Untertänigkeit durch Unbewusstheit gemildert werde. Unzureichend erprobt seien Diskurse über realistische Gattungs-Visionen und ständig weiter perfektionierte Verfassungs- und Regierungsverhältnisse sozialer Ordnung.

H. Hörz setzte einen anderen Ausgangspunkt und benannte Gründe für eine qualitativ neue Demokratie. Bloßer Pendelschlag in der Geschichte stimme damit nicht überein. Zyklen seien zu berücksichtigen und Höherentwicklung setze sich zyklisch in der Ausbildung aller Elemente mit Stagnationen und Regressionen durch. Die Endphase eines Zyklus werde durch quantitativ umfangreichere sowie qualitativ humanere Erfüllung der Funktionen im Vergleich mit der Ausgangsphase erreicht.

Demokratische Volksherrschaft genüge dem in verschiedenen Ausprägungen und stelle den gesellschaftlichen Rahmen für sinnerfülltes Leben dar. Ihr Zentrum sei die Freisetzung humaner Vermögen der Menschen. Das sei bisher nicht gewährleistet.

Eine qualitativ neue Demokratie werde erforderlich, in der Formales und Reales übereinstimmen. Schon die Durchführung formeller Rechte könne soziale Anliegen gegen antidemokratische und vor allem rassistische Positionen durchsetzen.

Die Vertreterdemokratie stehe auf dem Prüfstand. Partizipation des Volkes an allen lebenswichtigen Entscheidungen werde verlangt. Jeder Mensch habe das Recht, sich selbst zu verwirklichen, sofern er nicht das Gemeinwohl gefährdet, die Freiheit anderer einschränkt und den generellen Gleichheitsgrundsatz verletzt.

Qualitativ veränderte Demokratie folge einer sozialen Zielstellung, die Frieden, Entwicklung und Wohlstand in die Lebenspraxis umsetzt;

soziale Gerechtigkeit und ökologisches Verhalten gegen Streben nach maximalem Profit mit Eigentum verwirkliche;

die Partizipation aller Bürger durch Volksentscheide und Basisdemokratie, Kontrollinstanzen und Abwahl bei falschen Wahlversprechen erweitere;

die Selbstverwirklichung autonomer Individuen und vernünftige Eigeninitiativen fördere;

das Lebensniveau der Industriestaaten und Entwicklungsländer annähere;

und eine humane Internationalisierung von Demokratie in abgestimmten Eigentumsformen ermögliche.

Voraussetzung sei die friedliche Lösung von Konflikten und Hilfe zur Selbsthilfe. Nur die Verbesserung der Lebensbedingungen im eigenen Land könne die Auswanderung in wohlhabendere Staaten einschränken. Das bedeutet Verfügung über die eigenen Ressourcen und Hilfe mit Know-how durch entwickelte Länder. Die Beseitigung inhumaner Restriktionen für die Produktion materieller Güter einschließlich der Lebensmittel sei unerlässlich.

Die Dichotomie von zentraler Planwirtschaft mit Staatseigentum oder von Marktwirtschaft mit Privateigentum sollte aufgegeben werden. Wenn die ungezügelten Marktkräfte durch demokratische Institutionen humanen Regeln unterworfen würden, könne ein demokratischer Sozialismus die Selbstverwirklichung der Individuen garantieren.

Generell sei festzuhalten: Es ist von den Menschen anhängig, welche Herrschaftsform sie für sich wählen. Erstrebenswert sei reale Demokratie als Volksherrschaft mit humanen Zielstellungen in entsprechend effektiven Organisationsformen.

H. Matthes analysierte, wie deutsche Machtverhältnisse die Leistungsfähigkeit parlamentarischer Demokratie einschränken. Der Staat werde behindert, seine sozialen Funktionen wirksam zum Wohle des Menschen zu erfüllen. Daher bleibe die bloße Feststellung einer „schizophrenen Gesellschaftswelt“ ausweglos. Alternativen im Interesse gesellschaftlichen Fortschritts der Menschheit seien erforderlich um zunächst ihr Überleben zu sichern. Grundlage sei eine wissenschaftliche Erklärung der Welt, nicht zuletzt durch Erkenntnisse von Marx und Engels über das Verhältnis von Macht und parlamentarischer Demokratie, das die grundsätzlichen Probleme der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer vielfältigen Differenzierung betreffe.

Der Kapitalismus verfüge über ein vielschichtiges Macht- und Herrschaftssystem. Formal werde sein Reglement der Demokratie eingehalten. Real legitimierte es jedoch die Herrschaft des Kapitals und dessen Vermittlung zwischen sozialen Kräften. Jedoch der Staat müsse entscheidender Herrschaftsfaktor sein, der solche Machtansprüche begrenzt und sich an menschenwürdiger Integration und Differenzierung in der Welt beteiligt.

Wiedergewinnung kultureller Werte könne Demokratiedefizite verhindern. Gewaltsame Änderungen seien mit den heutigen Lebensinteressen der Menschheit nicht vereinbar. Gemeinsames Parteiergreifen müsse an die Stelle von Parteienkampf treten, um erste und längerfristige Lösungen der neuen sozialen Aufgaben zu erreichen.

J. Roesler wandte sich neuen Chancen alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik durch Wahlen zu. Das Grundgesetz der Bundesrepublik hatte sich gegen die ausgeprägten Ansätze zu präsidentialer Demokratie in der Weimarer Republik und ihre Folgen entschieden. Heute ist die präsidentiale Demokratie am häufigsten in Lateinamerika vertreten.

Dort sei es seit den 80er Jahren gelungen, zwei wirtschafts- und sozialpolitische Wenden zu vollziehen. Mit verheerenden Auswirkungen in der Bevölkerung erfolgte nach dem „Washington Consensus“, den IWF und Weltbank arrangierten, der Rückzug des Staates aus Wirtschaft und sozialer Verantwortung. Dagegen richteten sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts sog. „Linksruck“-Regierungen. In jedem Fall waren sie nach mit einem Wechsel der Präsidentschaft nach Wahlen verbunden.

Ob das Präsidentsystem eine wirtschafts- und sozialpolitische Wende begünstige, wurde anhand Argentinien und der Bundesrepublik detailliert erläutert. In Argentinien bewährte sich das Präsidentsystem bei ökonomisch-sozialen Reformen, die zielstrebig und zügig durchgeführt wurden. In der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik blieb die 1982 eingeleitete neoliberale Wende moderat. Erst unter Bundeskanzler Schröder ist sie vollzogen worden. Nach der Bundestagswahl 2009 bleibe es unwahrscheinlich, dass es zu einer Rücknahme der neoliberalen Politik und zu einer zweiten Wende wie in Argentinien komme.

Der historische Vergleich bestätige, dass präsidentiale Demokratien besser als repräsentative geeignet seien, echte Politikwechsel durchzusetzen, denn Entscheidungen des Präsidenten erfolgen unabhängig von Parteiflügel- und Koalitionskämpfen.

Trotzdem sei die Macht eines Präsidenten, der sich auf Direktwahl stütze, durch das Parlament beschränkt. Nur bei schwerer Gesetzesverletzung könne er abgesetzt werden, verfügt aber über Vetorecht gegen Beschlüsse des Parlaments und kann eigene Maßnahmen verkünden, ohne sie mit der Parlamentsmehrheit abzustimmen. Anders als in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik kann er das Parlament jedoch nicht durch vorgezogene Neuwahl auflösen. Daher sind Präsident und Parlament gezwungen, in Gesetzgebungsverfahren zusammenzuarbeiten.

Brasilien zeige, wie unzureichender Parteienrückhalt des Präsidenten im Parlament die Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer Versprechen behinde-

re. Selbst dann könne ein Präsident mit medialer Hilfe seine Direktverbindung mit der Bevölkerung stärken, plebiszitären Führungsstil praktizieren und durch Referenden seine Rechte bis zur Verfassungsänderung ausbauen.

Präsidialdemokratie biete deshalb gegenüber der repräsentativen deutliche Vorteile, wenn es um die Durchsetzung strategischer Wenden auf Wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet gehe.

S. Bollinger sprach zu Erfahrungen, Lasten und offenen Problemen von Sozialismus und Demokratie in den Reformprozessen Osteuropas von 1956 bis 1989. Entscheidend sei die Furcht der herrschenden politbürokratischen Klasse vor den Risiken einer demokratischen Öffnung. Zunehmende Angst vor der Niederlage in der Systemauseinandersetzung habe zu Entwicklungsverzicht und Selbstaufgabe geführt.

Das basisdemokratisch gesteuerte und legitimierte Demokratiekonzept von Marx und Engels habe nicht gegolten. Es schließe auch linke Kräfte ein, die konkurrieren. Als Diktatur des Proletariats setze es auf umfassende Demokratisierung, die sich gegen die ausbeutenden Besitzer von Produktionsmitteln richtet, sowie ihre Politiker und Ideologen.

Als Volksvertretungen galten arbeitende Organe ohne Trennung von Exekutive und Legislative. Deshalb sollten ihnen Arbeitende angehören, den Wählern ständig zur Rechenschaft verpflichtet, jederzeit abrufbar und in der Bezahlung dem einfachen Volk gleichgestellt. Dieses Konzept münde in die Aussage des späten Engels, wonach die parlamentarische Republik für die Arbeiter der am wenigsten blutige Weg sei.

In Russland hätten sich die Sowjets als tragfähige Macht erwiesen, sie aber frühzeitig eingebüßt. Lenins Konzept habe sich nicht nur gegen bürgerlichen Demokratismus gerichtet. Die Partei müsse stellvertretend für die noch unreife Klasse die Macht ausüben. Gekoppelt mit Fraktionsverbot folgte dem ein Herrschaftssystem, das Entwicklungskrisen mit Gewalt zu lösen suchte. Dieses System musste scheitern, als Gewalt nach außen und innen wirkungslos wurde.

Reformversuche wie die NÖP, der XX. Parteitag, ein „neues“ ökonomisches System oder eine versuchte Perestroika konnten das nicht verhindern. Arbeiterräte und weitsichtige Bündnispolitik gewannen keinen Einfluss. Die späte DDR sei jedoch der Versuch einer antistalinistischen Revolution gewesen - mit Bürgerbewegungen, Parteigründungen und einem zentralen runden Tisch, der eine Sozialcharta, ein Gewerkschaftsgesetz und eine Verfassung Deutschlands entwarf.

Zentraler Konfliktpunkt politischer Machtausübung im sog. Realsozialismus sei ein nicht lösbarer Widerspruch zwischen sozialer Gleichheit bzw. leistungsba-

sierter Gerechtigkeit und gleichzeitiger Herstellung praktischer Freiheitsräume für alle Gesellschaftsmitglieder.

Die unternehmerische Freiheit bilde den Kern praktizierter bürgerlicher Freiheit und sei das eigentliche Feld der politischen Auseinandersetzung im 20. Jahrhundert. Sozialistische Ziele seien ohne ordnende Eingriffe und die weitgehende Suspendierung dieser Freiheit nicht zu haben.

K. H. Domdey wandte ein, die Debatte sei zu europäisch und westliche Demokratie nicht allein seligmachend. Nicht historisch überholte Prozesse seien maßgebend, zumal sich eine neue Heilige Allianz herausbilde. Die Bundesrepublik gehe auf große Kriege zu, mit einer weitgehend verdummtten Bevölkerung.

H. Engelstädter entwickelte Gedanken über repräsentative und präsidiale Demokratie als Lebensformen der globalen sozialen Evolution. Real habe sie um 1900 eingesetzt und seitdem fordern weltweit menschenwürdige Aufgaben neue soziale Energien von Menschen und Gemeinschaften. Sie seien noch unzureichend entwickelt und der aktuelle Diskurs von Demokratie sei auf die angespannte Situation einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Sie jedoch entpuppe sich nicht als „normale“ Konjunkturkrise, die Strukturdefizite ausgleicht.

Etwas völlig Neues trete auf. Erstmals in der Geschichte des Kapitalismus gefährde eine Krise die sozialen Grundlagen offener Gesellschaften und ihre demokratischen Lebensformen, die in der Welt existieren.

Darauf sei die freiheitliche bürgerliche Demokratie nicht eingestellt und Wissenschaften haben diesen Wandel bisher nicht näher untersucht, geschweige denn rechtzeitig prognostiziert. Bemerkenswerterweise zog sich Alan Greenspan, der für vieles verantwortliche Chef der FED, kurz vor Ausbruch dieser neuartigen Krise zurück, nicht ohne das Menetekel zu hinterlassen, es komme etwas ganz Schlimmes.

Staatliche Repräsentanten wurden überrascht, aber sie witterten die Gefahr für das monetäre System des Westens und seinen Freihandel. Doch lediglich finanzielle Entscheidungen wurden getroffen und marode Banken auf Kosten des Steuerzahlers saniert - gleichermaßen in repräsentativen wie präsidentiellen Lebensformen der Bürger.

Weder der Diskurs von Demokratie noch politisches Handeln erreichen bisher die tatsächliche Aufgabe eines Finanzsystems: Gezielte sozialen Wandel in der Welt-Realproduktion einzuleiten, d.h. vor allem Güter herzustellen, die jedem Menschen lebenswichtig sind. Diese sinnvolle kooperative Arbeitsteilung in der Welt sei es, die letztlich den weiteren Verlauf der globalen sozialen Evolution entscheide.

Weder von repräsentativen oder präsidialen, noch von anderen Staats- und Gesellschaftsformen wird diese menschenwürdige Aufgabe hinreichend wahrgenommen. Nicht einmal die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellen sich

dem realen Wert des Weltarbeitsvermögens, dem elementaren ökonomischen Wertverhältnis.

Dieses Verhältnis arbeitender Menschen wirke im gesamten Verlauf der sozialen Evolution und finde heute in weltweiter Arbeitsteilung seine konkrete Erscheinungsform. Das bestimme alle sozialen Gestaltungen des 21. Jahrhunderts.

Weltarbeitsvermögen sei vom Lohnarbeitsvermögen in der Welt zu unterscheiden dann werde das Weltarbeitsproblem lösbar und der Lebensunterhalt jeder Generation gesichert.

Dass dies nicht geschah, sei der ökonomisch-soziale Grund für das Scheitern des sog. realen Sozialismus. Gewaltsame Umwälzungen haben keine human-kreative Arbeitsteilungen in der Welt herbeigeführt.

Demokratie könne sich nicht auf effektivere finanzielle Kontrolle beschränken Eigenleistungen der Banken ausbleiben. Erst eine menschenwürdige Kooperation von Staat, Wirtschaft und Banken lasse den nötigen politischen Spielraum für den sozialen und ökologischen Zeitgewinn entstehen, den die Menschheit benötigt.

Unzureichende globale Leistungsfähigkeit freiheitlich-demokratischer Lebensformen könne nicht äußeren Faktoren zugeschrieben werden, anderen Denk- und Handlungsweisen und ihren staatlichen Formen. Die kulturellen Sachverhalte eines Gemeinwesens selbst entscheiden über dessen menschenwürdige Effektivität in der sozialen Evolution und dem Werden von Demokratie.

Dann werde auch das bürgerliche freiheitlich-demokratische Handeln als widersprüchlich und damit in seiner eigenen dynamischen Entwicklung begreifbar. Dieser Denkansatz entwickelter Dialektik folge nicht nur der wahrnehmbaren Realität freiheitlicher Demokratie, sondern gehe der Wirklichkeit und den historischen Chancen dieses sozialen Ereignisses nach.

Angesichts globaler sozialer Aufgaben stehe diese Demokratie ebenso wie andere Herrschaftsformen vor einer Wende zu universell menschenwürdigen Inhalten. Dieses demokratische Werden zerfließe keineswegs in unübersichtliche Situationen, aus denen nur irrationales Vertrauen weiterhelfe, wie es der Systemtheoretiker Luhmann annimmt.

Stattdessen könnten dabei präsidiale und repräsentative Demokratie sowie andere Systeme das eigene Maß ihres menschenwürdigen Fortschritts finden. Auch sie sind historisch offen und können auf die globale Wirklichkeit aller Menschen eingestellt werden.

Dem könne alles Humane in der Geschichte von Demokratie dienen, besonders seitdem die aufkommende Bourgeoisie die persönliche Form von Machtausübung im Feudalismus überwunden hat. Eine neue Art des Wirtschaftens verlangte Menschen, deren sozialer Status formalrechtlich frei und daher beweglich blieb. Dank körperlichen und intellektuellen Leistungsvermögens konnte gesellschaftlicher Aufstieg stattfinden, abgesichert durch privates Eigentum, günstig an Produktionsmitteln, über die andere nicht verfügten.

Auf dieser Entwicklungsstufe seien demokratische Lebensformen und deren

Grundwerte vor allem der freien Zirkulation von Waren und Geld dienlich; erst in zweiter Linie der realen Produktion und den Menschen, die sie vollbringen. Schon im frühen Kapitalismus sei deshalb mit Venedig ein Zentrum monetärer und politischer Machtausübung entstanden, das Großbritannien später zum globalen Imperium ausgeweitet habe.

Dagegen erhob sich in den USA die erste antiimperiale Revolution der neueren Geschichte. Freie Bürger brachten die präsidentiale Form freiheitlicher Demokratie hervor, die sich historisch bewährte.

Unabhängig vom Kongress liegt die Regierungsgewalt beim Präsidenten. Der Zwang repräsentativer Demokratien zur Partei- oder Fraktionsdisziplin und stabilen Mehrheitsfronten entfällt. Außerdem stehen die Mitglieder des Kongresses und besonders des Repräsentantenhauses stets unter massivem Druck von außen, auch aus ihrem Wahlkreis.

Das Gesamtsystem werde jedoch nicht gelähmt. Das präsidentiale Verfahren sichere seine Funktionsfähigkeit. Der Präsident könne mit vielen Mitteln bei nicht festgelegten Kongressmitgliedern ansetzen, um von Fall zu Fall Mehrheiten zu gewinnen, wie auch das Vorgehen von Obama zeige.

Solche Entscheidungskompetenz eines Präsidenten weise die repräsentative demokratische Lebensform nicht auf, die sich von der späteren französischen Revolution herleitet und obwohl einer ihrer Vordenker, J. Rousseau, jede Vertretung ablehnte.

Besonders wegen des Endes der Weimarer Republik sei die repräsentative Demokratie umstritten. Sie versperrte nicht den Weg des Nationalsozialismus an die Macht, der nicht nur mit Gewalt, sondern auch formalrechtlich legal beschritten wurde.

Repräsentative Demokratie könne jedoch diktatorischem Machtanspruch widerstehen, wenn sie die Bevölkerung rechtzeitig mobilisiere. Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, freier Wählerentscheidung und Gewissensfreiheit mutiger Abgeordneter seien weitere wichtige Voraussetzungen.

Ausschlaggebend bleibe jedoch, inwieweit eine praktische Realisierung menschenwürdiger Verhältnisse in den lebenswichtigen Ereignisfeldern erfolgt. Erst dann könnten humane Wertsetzungen Breitenwirkung erzielen. Soziales Wachstum und seine Güter würden sich gegen nur-monetäre Interessen durchsetzen und dem Leben und Überleben eines jeden Erdenbürgers dienen.

Pessimismus hinsichtlich der Natur des Menschen könnte Wirkung verlieren.

Gegenwärtig erwecke die Diskrepanz zwischen offiziellen Verkündigungen und realen Verfahren in der Massenpsychologie immer wieder Einwände gegen Demokratie. Auch theoretische Fehlurteile seien wirksam, wie z.B. die des wieder aktuellen Carl Schmitt. Als Souveränität galt ihm ungehinderte Verfügung über das Leben des anderen und darauf begründete er Politik und Moral.

Menschenwürde und Rechtsstaat stehen dazu in einem unüberbrückbaren Gegensatz. Ein Vergleich demokratischer und diktatorischer Lebensformen dürfe daher nie in Teilwahrheiten erfolgen. Maßgebend seien stets das Verfassungssystem und die Art seiner Umsetzung.

Vor diesem Hintergrund entstehe die Frage, ob präsidentiale oder repräsentative Demokratien besser geeignet wären, die sozialen Aufgaben der globalen Lebenswirklichkeit des Menschen zu bewältigen. Zunächst sei festzuhalten: Keine der beiden Lebensformen freiheitlicher Demokratie habe bisher Frieden in der Welt gesichert und ökologische, demografische oder Weltarbeitsprobleme zumindest ansatzweise gelöst. Tendenziell gewaltfreie Lösungen seien vonnöten, getragen vom Humanen, das in jeder Kultur wirksam ist.

Solche politischen Entscheidungen könnten jedoch nur von den Staaten getroffen werden. Als Völkerrechtssubjekte obliege ihnen heute die Fürsorge globaler Menschenwürde. Gemeinsames Lebensinteresse könnte ihr Handeln verbünden, gefördert durch neue Bewegungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit, vor allem durch die Jugend und ihre neuen Eingriffsmöglichkeiten.

Derartige Vorgänge könnten von beiden Lebensformen freiheitlicher Demokratie getragen werden. In jüngster Zeit erfolge das jedoch hauptsächlich über Staatsoberhäupter. Die präsidentielle Lebensform von Demokratie schein daher für humane Schritte in der heutigen Welt für besser geeignet als die repräsentative, ohne letztere auszuschließen. Stets hänge es von der jeweiligen universellen Gestaltungsfähigkeit ab.

Als politische und ökonomische Grundlage dafür sei eine neue Form von Staatsmonopolismus erkennbar, die kooperativ bestehende gesellschaftliche Systeme überschreite. Dieser neuartige globale Staatsmonopolismus ermögliche die Weiterentwicklung freiheitlicher Demokratie und ihr spezifisches Werden in den Ländern und Regionen der globalen Evolution.

Helga Hörz sprach über konkrete Erfahrungen, die sie mehrere Jahre als Vertreterin der DDR in der UNO-Kommission für die Rechte der Frau sammeln konnte. In der Genderproblematik würden sich alle sozialen Probleme der Welt brechen und die Lebenssituation von Frauen gäbe nach wie vor den besten Aufschluss den sozial- kulturellen Reifegrad einer Gesellschaft. Die noch vorhandenen patriarchalischen Strukturen erschwerten dies zusätzlich, aber ein undifferenzierter feministischer Diskurs sei zu vermeiden, denn Patriarchat gliedere sich - in vollständige, gemäßigte und aufklärerische Varianten. Für die Letztere habe es in der DDR sozial gerechte Ansätze gegeben.

In der UNO- Kommission für die Rechte der Frau habe eine klare und trotzdem einvernehmliche Sprache geherrscht. In den Dialogen konnten die Rechte auf Arbeit, Mutterschutz und Bildung fixiert werden. Über die sozialen Voraussetzungen dafür habe es einen intensiven Meinungs austausch gegeben. Im Ergebnis wurden Frauenrechte als Menschenrecht akzeptiert und man habe sich unterschiedliche Realisierungschancen in den Ländern und Regionen geeinigt, die anzustreben seien. Unbegründete Zurückhaltung in dieser Frage sei in der Kommission überwunden und kulturell-geistiges Einvernehmen über eine grundlegende zivilisatorische Aufgabe erreicht worden. Humane Lösungen der

Genderproblematik seien untrennbarer Bestandteil demokratischer Entwicklungen in der weiteren sozialen Evolution.

J-U. Heuer sprach über Rechtsprobleme präsidentialer und repräsentativer Demokratie. Carl Schmidt, der die Weimarer Demokratie völlig ablehnte, trete wieder in den main-stream und seine Art zu formulieren begünstige dies. Sie kaschiere antidemokratisches Freund-Feind-Denken, das ihn zum Rechtstheoretiker des Nationalsozialismus werden ließ. Schmidt repräsentiere auseinanderfallende Interessen und keinesfalls eine Einheit des Volkes, die heute neu beschworen wird. Sein Modell sei Autorität nach unten für die oben.

Ehe er Hitler diene, wollte Schmidt einen starken Präsidenten. Der solle direkt gewählt werden und Staat wie Politik vor der Gefahr des verfassungsfeindlichen Pluralismus bewahren. Obwohl Schmidt schon seit 1933 NSDAP-Mitglied war, änderte er diesen Standpunkt erst 1934 - nach der Ermordung Röhm's - zugunsten diktatorischer Kanzlerschaft.

Ähnliche Erwägungen über liberale Demokratie könnten in heutigen Erwägungen zur Änderungen im Grundgesetz eine Rolle spielen, besonders wenn sie von Rechtskonservativen vertreten werden.

W. Eichhorn bemerkte, kulturgeschichtlich sei das Problem eines Rückschritts beim Übergang in einen Rechtsstaat nicht gelöst. Kant habe das ausgeschlossen. Er sah die republikanische Form dem Parlamentarismus überlegen. Interessant werde, was Schmidt konkret gegen Parlamentarismus einwende. Denn gegen bürgerlichen Parlamentarismus sei auch Lenin gewesen und habe deshalb einen demokratischen Weg zum Sozialismus prinzipiell ausgeschlossen.

H. Grienic verwies auf die Welternährungskrise und erkennbare Versuche von vier Weltmonopolen, mit Hilfe von genetisch verändertem Saatgut noch besser zu profitieren. Es werfe nur einmal Früchte und müsse jedes Jahr neu gekauft werden. Solche Vorgänge finden noch Unterstützung demokratischer Staaten, andererseits fördern sie Nachdenken über humane Nahrungsversorgung in der Welt.

K.H. Domdey meinte abschließend, die Heterogenität in der Welt sei nicht aufhebbar, aber gemäßigte Herrschaft nach differenzierten Interessen biete noch Lebensmöglichkeiten. Für die heutige Wirklichkeit gebe es jedoch keine verbindliche Antwort, weil zu große Interessengegensätze bestünden.

H. Hörz unterbreitete den Vorschlag, demnächst zu klären, was eigentlich unter Vernunft zu verstehen sei.

Im Verlauf des Kolloquiums gelang es, wesentliche aktuelle und perspektivische Aspekte der Thematik zu markieren und neue wissenschaftliche Aufgaben zu benennen.
(Heinz Engelstädter)